

JÓZSEF RUSZOLY

## Beiträge zur Geschichte der parlamentarischen Wahlprüfung

*Wahlprüfung und Repräsentation*

Ein Grundriß

### 1. *Repräsentation – Wahlsystem – Wahlprüfung*

(1) Die *Repräsentation* hat eine Ideengeschichte (Dogmengeschichte) und eine institutionelle Geschichte. Die Ideen und die Institutionen stehen miteinander zu jeder Zeit in dialektischem Zusammenhang. Beide gehören zum Aufbau eines sozio-ökonomischen Systems.

(2) Jede gesellschaftlich-politisch wirksame Theorie soll einen gewissen sozialen und institutionellen Grund haben. Die sog. moderne (bürgerliche) Repräsentation entstand und entwickelte sich gemeinsam mit dem bürgerlichen Gesellschaftssystem.

(3) Die institutionelle Basis der Repräsentation wurde in jeder Zeit durch Rechtsnormen geregelt. Ein Komplex dieser Normen ist das *Wahlsystem im engeren Sinne*, das – meiner Meinung nach – alle wahlprozessuelle bzw. organisatorische Regelungen von der Zusammenstellung der Wählerliste bis zur Wahlprüfung zusammenfaßt. (Vgl. mit einer engeren Auslegung: Dieter Nohlen: *Begriffliche Einführung in die Wahlsystematik*. In: *Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane*. Hrsg. D. Sternberger und B. Vogel, Bd I/1, Berlin, 1969, S. 20.)

(4) Die *Wahlprüfung* ist das letzte Element des Wahlverfahrens. Nach allgemeiner Meinung besteht die Wahlprüfung im umfassenden Sinne aus zwei Teilen: der Legitimation der Mandate (*legitimatio*) und der Wahlprüfung im engeren Sinne (*verificatio*). Die erste Funktion ist ein bloßer Beurkundungsakt, die zweite ist die eigentliche Rechtssprechung. Die Wahlprüfung im engeren Sinne besteht in der Prüfung und Entscheidung über die *bestrittenen* parlamentarischen Wahlen. Die Prüfungsinstanz kann eine Wahl – mit gewissen Ausnahmen – für gültig oder für ungültig erklären. Im folgenden verstehen wir unter Wahlprüfung diesen zweiten Begriff.

(5) Die Wahlprüfung hat die folgenden Hauptprobleme:

- a) Prüfungsinstanz (Parlament oder Gericht?)
- b) Verfahren und
- c) materielles Wahlprüfungsrecht.

In diesem Referat beschäftige ich mich hauptsächlich mit der Problematik der Prüfungsinstanz.

(6) Die Wahlprüfung entwickelt sich gemeinsam mit den Wahlsystemen. Sie hat auch eine konstitutionelle Theorie.

## 2. Die Hauptzüge der Wahlprüfungsentwicklung in England, Frankreich und Deutschland

(1) *England* ist das Musterland der parlamentarischen Entwicklung. Die ersten Wahlpetitionen vom 14–15. Jh. richteten sich gegen die Proklamationsmißbräuche der *Sheriffs*. Die Prüfung der bestrittenen Wahlen gehörte zur Kompetenz des Königs, aber regelmäßig war der Kanzler bzw. der Kanzlergerichtshof die Prüfungsinstanz.

Am Ende des 16. Jahrhunderts beanspruchte das Haus der Gemeinen das Prüfungsrecht. Die Krone anerkannte das parallele Prüfungsrecht des Hauses im Jahre 1604 (Fall von *Goodwin contra Fortescue*). Im Laufe des 17. Jahrhundert wurde das Wahlprüfungsrecht des Hauses unbegrenzt. Im Namen der Commons prüfte das *Comitte of Privileges and Elections* die bestrittenen Wahlen.

Das 18. Jahrhundert ist die Epoche der großen Wahl- bzw. Parlamentskorruptionen. Seinerzeit hat das Haus selbst die Wahlpetitionen geprüft. Die Rechtsprechung des Hauses ist parteipolitisch gewesen.

Der *Grenville Act* (1770) war ein vergeblicher Versuch. Die *ad hoc* gewählten Wahlprüfungskommissionen judizierten auch parteipolitisch. Das Haus hat diese Funktion 1868 – zwar nicht ausnahmslos – einem ordentlichen Gerichtshof übergeben. (Vgl. C. O'Leary: *The Elimination of Corrupt Practices in British Elections 1868–1911*. Oxford, 1962.)

(2) In *Frankreich* hat die Frage der Mandatsprüfung im Mai und Juni 1789 bei der Konstituierung der Nationalversammlung eine große Rolle gespielt. Die gemeinsame Prüfung der Mandate (*vérification en commun*) ist für den Dritten Stand eine sehr wichtige *prozessuelle* Frage gewesen.

Von dieser Zeit bis zur Verfassung von 1958 war die Wahlprüfung ein unantastbares Recht jeder französischen Kammer. Die Wahlprüfung durch die gesetzgebende Körperschaft entwickelte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer kontinentalen konstitutionellen Doktrin.

(3) Im *Deutschen Reich* vor 1806 wurde die (formelle) *Legitimationsprüfung* in den ständischen Versammlungen (Reichstag, Landtag) zwischen den verschiedenen Behörden und den Ständen geteilt.

In den *vormärzlichen Landtagen* (1815–1848) haben die Einweiskommissionen diese Funktion wahrgenommen. In Baden haben – nach französischem Muster – die Kammern das Urteil über bestrittene Wahlen gesprochen. (Ähnlich ist die Rechtslage in Württemberg seit den 1830-er Jahren.) Die Wahlprüfung war eine *Machtfrage* zwischen den Fürsten und den Landtagen.

Seit der Nationalversammlung von 1848/49 haben diese Funktion in Deutschland alle Reichstage bzw. Landtage erhalten. Trotz der Übernahme dieser *konstitutionellen Doktrin* sind verschiedene vorkonstitutionelle Elemente der früheren Praxis geblieben. Der Hauptübelstand war, daß die Kammern bzw. ihre Organe (Wahlprüfungskommission usw.) – gegenüber der Lage in anderen Staaten – keine eigene Ermittlungen veranlassen konnten. Sie konnten *nur durch die Regierungen* wegen des Ermittlungsverfahrens die Verwaltungsorgane bzw. die Gerichte ersuchen.

Im *Reichstag* hat die Wahlprüfung keine große Rolle gespielt. In Deutschland ist die Wahlkorruption im englischen oder ungarischen Sinne praktisch unbekannt gewesen. Die amtliche bzw. geistliche Wahlbeeinflussung hat wegen der geheimen Abstimmung auch nicht sehr großen Umfang erreicht. Die Wahlprüfungspraxis des Reichstags war auch parteipolitisch beeinflußt. (Vgl. die Beispiele bei Guido Leser: *Untersuchungen über das Wahlprüfungsrecht des Deutschen Reichstags*. Leipzig, 1908. Diss. Heidelberg.)

Nach der Weimarer Verfassung (1919) wurde ein *Wahlprüfungsgericht beim Reichstag* eingerichtet. Dieses Gericht wurde in jeder Legislaturperiode aus drei Abgeordneten und zwei Richtern des Reichsgerichts zusammengestellt. (Ähnlich war die Lage in Preußen.) Im Proporzionalwahlssystem veränderte sich wesentlich die Natur des Verfahrens. Das WPG beschäftigte sich mit *Formfehlern* niedriger Bedeutung. Neues Element war die Erweiterung des Wirkungskreises auf die Prüfung der Wahl des Reichspräsidenten und auf die Volksabstimmungen.

### 3. Die deutsche und die österreichische juristische Literatur über die Wahlprüfung

(1) Vor 1885 beschäftigte man sich sehr wenig wissenschaftlich mit der Wahlprüfung. Eigentlich haben nur eine gewisse Bedeutung die Artikel von Robert von Mohl (*Über die Untersuchung bestrittener ständischer Wahlen durch die Abgeordneten-Kammern selbst*, 1847; *Kritische Bemerkungen über die Wahlen zum deutschen Reichstag*, Tübingen, 1874).

(2) Die Ursache der großen Diskussion war eine interessante Stellungnahme des österreichischen Abgeordnetenhauses im Jahre 1881. In Österreich gehörte die Prüfung der Wählerliste – ähnlich wie in anderen Staaten – zu einem ordentlichen Gericht, namentlich zu dem *Reichsgericht*. Auf Grund einer Beschwerde erklärte das Reichsgericht die Wählerliste der Großgrundbesitzer

in Oberösterreich für nichtig. Die Regierungsmehrheit des Abgeordnetenhauses „sprach von einem Eingriff in seine verfassungsmäßige Kompetenz und [...] wurde im »Interesse des Constitutionalismus« eine [...] Commission eingesetzt“. Die Opposition verteidigte das Urteil des Reichsgerichts.

(3) Nach diesen Ereignissen hat der damalige Wiener Professor Georg Jellinek seine kleine Arbeit, *Ein Verfassungsgerichtshof für Österreich* (Wien, 1885) geschrieben. Die Wahlprüfung wurde auf dem 19. Deutschen Juristentage auch diskutiert. Jellinek und Seydel haben in ihren Gutachten auf beide Fragen mit „Ja“ geantwortet. (*Die Fragen*: Empfiehlt es sich, die Prüfung der Wahlen für gesetzgebende Körperschaften als eine richterliche Funktion anzuerkennen und deshalb der Rechtssprechung eines unabhängigen Wahlprüfungsgerichtshofs zu unterstellen?)

Diese Auffassung hat sich zur herrschenden Meinung in der wissenschaftlichen Literatur entwickelt. Der Grund der Übertragung dieser Funktion auf einen Gerichtshof war die *offenbare parteiliche Jurisdiction der Parlamente*.

Julius Hatschek hat in seinem großen Werke (*Das Parlamentsrecht des Deutschen Reiches*, Berlin–Leipzig, 1915) gegen diese Übertragung – nach angeblichen englischen und ungarischen Erfahrungen – Stellung genommen. Seine Arbeit ist bis zum heutigen Tage die beste Zusammenfassung des Problems.

(4) Als Ergebnis der Jellinek'schen Auffassung kann man sehen, daß die Wahlprüfung nach dem ersten Weltkrieg sowohl in Österreich als im Deutschen Reich und in mehreren deutschen Staaten in gerichtliche Befugnis übergegangen ist.

#### 4. Die Bedeutung der Wahlprüfung für die moderne (bürgerliche) Repräsentation

(1) Die Wahlprüfung als Institution ist heute auch ein Teil der geltenden bürgerlichen Wahlsysteme. In der Bundesrepublik zum Beispiel wurde das Verfahren sehr gründlich geregelt (1949/1951). Trotzdem spielt sie heute fast keine nennenswerte Rolle. Ihre Funktion hat sich verändert.

(2) Die „Blütezeit“ dieser Institution war das 19. Jahrhundert. Als Ursache möchte ich die folgenden Faktoren angeben:

- a) die Gegenüberstellung der Krone und der gesetzgebenden Körperschaft;
- b) das enge Wahlrecht mit offener Abstimmung (England, Ungarn);
- c) die gewisse „altständische“ Tradition des Wahlverfahrens;
- d) die groben Wahlmißbräuche gegen die Wahlfreiheit;
- e) das Majoritätssystem.

(3) In Bezug auf die Theorie hat die Wahlprüfung als eine repräsentative Institution im Verhältnis der *Theorie und Praxis* eine gewisse Rolle gespielt. In

disem Sinne hat sie eine Bedeutung für eine Synthese, für die historische Theorie der Repräsentation.

(4) Die Hauptrichtungen der Forschung sind:

a) die Geschichte der Wahlprüfung als Institution (die Regelung und die praktische Rechtsprechung),

b) die Geschichte des Wahlverfahrens auf Grund des Wahlprüfungsmaterials.<sup>1</sup>

### *Die verlorengegangene Institution*

Zur Frage der parlamentarischen Wahlprüfung vor dem Nationalen Runden  
Tisch 1989 in Budapest

1. Die Entscheidung über eine radikale Veränderung der ungarischen Verfassung fiel in den Verhandlungen des Nationalen Runden Tisches (Nemzeti Kerekasztal – NKA/NRT) im Sommer 1989. (Diese Vereinbarungen hatte das ungarische Parlament ohne Einwände gebilligt.) An den drei Seiten des Nationalen Runden Tisches saßen Delegierte aus der damaligen sogenannten Staatspartei, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (Magyar Szocialista Munkáspárt – MSZMP/USAP), den neu gegründeten Parteien und Organisationen des Oppositionellen Runden Tisches (Ellenzéki Kerekasztal – EKA/ORT), sowie – als Dritte Seite (Harmadik Oldal) – den gesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Vaterländischen Volksfront, Jugendorganisation u.a.). Die Verhandlungen selbst liefen in öffentlichen Sitzungen, die vorbereitenden Gremien hielten jedoch geschlossene Sitzungen ab. Ihre Dokumente wurden 1999–2000 unter dem Titel *A rendszerváltás forgatókönyve* [Szenario des Systemwechsels] in 6 Bänden veröffentlicht. Dies ermöglichte auch mir den Versuch, die historischen Elemente der Runderntischverhandlungen zu erarbeiten, inklusive die Entstehung der Problematik einer parlamentarischen Wahlprüfung.

Meine Themenwahl ist dadurch bedingt, dass ich seinerzeit in meiner Monographie *A választási bíráskodás Magyarországon 1848–1948* [Die

---

<sup>1</sup> JOSEF RUSZOLY: *Wahlprüfung und Repräsentation (Thesen zu einem Referat)*. Verfielfältigtes Manuskript. (Oberseminar von Professor Dr. Dolf Sternberger, „Historische Theorie der repräsentativen Verfassungen“, SS 1971, Universität Heidelberg). Vgl. GOLTNER DÉNES: *A képviselőválasztások érvényessége feletti bíráskodás alapkérdései*. Acta litterarum ac scientiarum Regiae Universitatis Hungaricae Francisco-Josephinae. Sectio juridico-politica. [...] Tom. XII. Szeged, 1937. Auszug: Die Grundlehren der Wahlprüfung; RUSZOLY JÓZSEF: *A választási bíráskodás története Európában*. Acta Jur. et Pol. Szeged, Tom. XXII. Fasc. 7. Szeged, 1975. Inhalt: Die Geschichte der Wahlprüfung in Europa; JÓZSEF RUSZOLY: *Zur Institutionengeschichte der parlamentarischen Wahlprüfung in Europa*. Der Saal 21. Band, 1982, Heft 2, 203–229. p.; JÓZSEF RUSZOLY: *Zur Institutionsgeschichte der parlamentarischen Wahlprüfung in Ungarn 1848–1948*. Ungarn-Jahrbuch, Band 12, Jahrgang 1982–1983, 149–168. p.

Wahlprüfung in Ungarn 1848–1948] (1980) und zahlreichen Vor- und Nachstudien hierzu die Problematik in Bezug auf Europa und Ungarn erschlossen habe, einschließlich der *vollständigen ungarnteilenden Judikatur*, die aufgrund von Archivquellen nachzuverfolgen ist – von den Anfängen bis zur Abschaffung (1848–1948). Ich will auch nicht leugnen, als Verfassungshistoriker in den 80-er und 90-er Jahren in meinen wissenschaftlichen und publizistischen Veröffentlichungen Vorschläge hinsichtlich der Neubelebung der parlamentarischen Wahlprüfung in einer neuen Form gemacht zu haben, mit Hinblick auch auf die Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit.

2. Die parlamentarische Wahlprüfung – am kürzesten gesagt: das Fällen von (quasi-gerichtlichen bzw. gerichtlichen) Entscheidungen über Gültigkeit von Wahlen und/oder Abgeordnetenmandaten – ist zwar mit Tausenden von institutionellen Fäden an den strafrechtlichen Schutz der Wahlen geknüpft – so z.B. gelten die Wahlvergehen meistens zugleich auch als Wahlnichtigkeitsergründe –, jedoch ist sie mit diesem Schutz nicht gleichzusetzen. Während nämlich der strafrechtliche Schutz von Wahlen zum Zweig der Strafrechtspflege gehört, fällt die Beurteilung der Wahlgültigkeit – auf Beschwerden (Petitionen) hin oder von Amts wegen – ausgerechnet in den Bereich der *öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeit*, die aus dem letzteren Institut hervorgegangen ist.

In Ungarn bildeten sich sozusagen alle Varianten der universellen (europäischen) verfassungsrechtlichen Lösungen – einander immer wieder abwechselnd – heraus: zunächst war – nach französisch-belgischem Muster – gem. § 47 des GesArt. V von 1848 (1848: V. tc. 47. §) die Plenarsitzung der Repräsentantentafel (des Repräsentantenhauses) verfahrensberechtigt (1848/49, 1861, 1865–1868); von ihr hatten nach einer Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnung 1868 nach früherem englischen (britischen) Vorbild die Prüfungsausschüsse des Repräsentantenhauses – mit der Mehrheit der Regierungspartei – diese Zuständigkeit übernommen (1869–1901). Obwohl diese Kompetenz durch eine Wahlrechtsnovelle von 1874 (1874: XXXIII. tc.) – ebenfalls der britischen Entwicklung folgend – auf die königliche Kurie übertragen wurde, wurde das diese Frage in Einzelheiten regulierende Gesetz unter aktiver Mitwirkung der liberalen 67-er Regierungen und deren Mehrheitspartei – mehrere Male: durch deren Boykott – mit einer Verspätung von einem Viertel Jahrhundert 1899 verabschiedet (1899: XV. tc.). Dieses Gesetz war das Ergebnis eines Paktes zwischen Opposition und Ministerpräsident Kálmán Széll, und bewirkte eine Kompetenzteilung (*bifurcatio*) zwischen den Prüfungsausschüssen des Repräsentantenhauses und der königlichen Kurie (1901–1918).

Die Prüfungsausschüsse blieben das, was sie waren: nämlich auch politische Gesichtspunkte nicht entbehrende Entscheidungen fällende, größtenteils flexible geschäftsordnungsmäßige Tatbestände anwendende Organe; die beiden hierfür gewählten Kammern der königlichen Kurie wiederum entschieden oder

besser gesagt hätten entscheiden können sozusagen aufgrund von mit dem Anspruch strafgesetzlicher Tatbestände abgefassten – natürlich nicht nur von strafrechtlich geprägten – absoluten und relativen Ungültigkeitsgründen. Immer wieder hatte sich nämlich ergeben, dass die Richter, die im übrigen in Zivil- und Strafkammern entschieden vorwiegend unter dem Deckmantel rigoroser gesetzlicher Tatbestände – eine einseitige Judikatur entwickelten. Nach vier auf ihre Amtszeit fallenden allgemeinen Wahlen (1901, 1905, 1906, 1910) und zahlreichen zwischenzeitlichen Wahlen haben die Richter der Kurie nicht einmal auch nur ein einziges „abweisendes“, d.h. das Wahlergebnis vernichtendes Urteil gefällt.

Deshalb wurde bereits von dem Landes-Juristentag (Országos Jogászgűlés) 1911 vorgeschlagen, diese sachliche Zuständigkeit auf das seit 1897 wirkenden ungarischen königlichen Verwaltungsgericht (m. kir. Közigazgatási Bíróság) zu übertragen, was – nach einem Intermezzo im Zusammenhang mit den Prüfungsausschüssen der beiden Nationalversammlungen (1920–1926) – auch erfolgt war, vermittels des Wahlrechtsgesetzes von 1925 (1925: XXVI. tc.),<sup>2</sup> das mit dem Namen von Graf István Bethlen verknüpft war – und die Wahlen in den "provinziellen" Wahlbezirken erneut *offen* machte, und diese Kompetenz wurde durch das Wahlgesetz von 1938 (1938: XIX. tc.), das die *geheime* Stimmabgabe durch Kombinieren von Mehrheits- und Listenwahl einführte, weiterhin aufrechterhalten. Das Verwaltungsgericht entschied seinerzeit (1927–1944) auf der Grundlage flexibler gesetzlicher Tatbestände etwa als *eine Art Verfassungsgericht*, schreckte vor der Vernichtung der Wahlergebnisse nicht einmal in den politisch heikelsten Fällen nicht zurück. Man könnte sagen, endlich war dieses bei uns so wichtige Institut der öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeit: die Wahlprüfung vor einem berufenen Gremium gelandet.

Die neuen Verfassungen Mittel-Europas brachten in der Zwischenkriegszeit auch in diesem Bereich neue Lösungen. Im Deutschen Reich wurden diese Befugnisse den *Wahlprüfungsgerichten* zugeteilt, die aus gewählten Repräsentanten der Gesetzgebungskörperschaften und Richtern bestanden, während in Österreich nach Maßgabe der Verfassung von 1919 die Gerichtsbarkeit nicht nur in Sachen der Abgeordnetenwahlen sondern hinsichtlich aller Wahlvorgänge schlechthin in die Zuständigkeit des *Verfassungsgerichtshofes* überwiesen wurde. Die ungarische Legislation, wie immer im Falle dieses Instituts, durch Einschaltung des Verwaltungsgerichtes (Közigazgatási Bíróság) mit der europäischen Entwicklung in Einklang gebracht werden.

Durch das Wahlgesetz von 1945 (1945: VIII. tc.) wurde, aus den Aufträgen der an den Wahlen beteiligten Parteien, sowie aus den durch die drei höchsten Gremien, wie Ung. Kurie (Magyar Kűria), das Ung. Verwaltungsgericht (Magyar Közigazgatási Bíróság; UVerwG) und Landesrat der Volksgerichte (Népbíróságok Országos Tanácsa; NOT) delegierten Richtern, ein

<sup>2</sup> Siehe im Anhang!

*Wahlprüfungsgericht* (Választási Bíróság; WPG) konstruiert, vor dem jedoch 1945 überhaupt keine Beschwerde vorlag, 1947 aber umso mehr Einwendungen eingereicht waren. Den Tiefpunkt und das Ende in der ungarischen Wahlprüfung bedeutete das Urteil vom 20. November 1947, das unter dem Rechtstitel, die Partei der Ungarischen Unabhängigkeit (*Magyar Függetlenségi Párt*; die Pfeiffer-Partei, d.h. Partei von Dr. Zoltán Pfeiffer) habe mit ihrem „rechtsextremistischen“ Programm, das Landes-Nationalkomitee (Országos Nemzeti Bizottság), befugt mit der Genehmigung von Parteiaufstellungen zur Wahl, das aus Delegierten der Koalitionsparteien bestand, getäuscht (!), weshalb dann dieses die erteilte Genehmigung zurücknahm, dieses Sondergericht hatte seinerseits diese Rücknahme als rückwirkend (*ex tunc*) geltende betrachtet, und annullierte die Mandate sämtlicher Abgeordneter und Ersatzabgeordneter dieser oppositionellen Partei.

3. Zur Zeit des Sozialismus galt das Institut, das zur einfachen *Mandatsbestätigung* (*legitimatio*) degradiert wurde, als praktisch erloschen. Im Prinzip wurde – bei Beschwerden – die Beurteilung der umstrittenen Wahlvorgangsfälle 1958 dem Parlamentsplenum zurückverwiesen, dies hatte jedoch eine praktische Bedeutung gleich Null. Freilich kam es 1985 – wollen wir sie so bezeichnen – *Beklagungen*, jedoch wurden auch diese vertuscht. Als Forscher dieses Rechtsinstituts veröffentlichte ich eine Studie im August-Heft 1984 von Jogtudományi Közlöny (Mitteilungsblatt für die Rechtswissenschaft) betitelt als *A választási bíráskodás, nálunk – de lege ferenda* [Wahlprüfung, bei uns – de lege ferenda], der damals keine Wirkung erzielen konnte. In der Zeit der Wende konnte ich vielleicht umso mehr auf eine zeitgemäße Neubelebung dieses unentbehrlichen Institutes der parlamentarischen Repräsentation hoffen.

4. In der Geschichte des Wahlprüfungswesens wurden die Kompetenzen der Verfassungsgerichte im Westen durch die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg merklich gestärkt. Besondere Bedeutung kommt diesem Umstand in der Bundesrepublik Deutschland zu, wo zunächst auf Bundesebene (1949/1951), dann vielmals auch auf Länderebene sich eine *zweistufige parlamentarische Wahlprüfung* herausbildete. Die Beurteilung der angefochtenen oder beanstandeten Wahlen (Mandate) gehören in die Zuständigkeit der gegebenen Gesetzgebungskörperschaft – so des *Bundestages* –, jedoch kann man sich von dort aus auch an das zuständige Verfassungsgericht – so auch an das *Bundesverfassungsgericht* – wenden. Die endgültige Entscheidung wird also durch das Verfassungsgericht erbracht; dies ist sein unumgänglicher Kompetenzbereich.

5. Wie etwa eine Antwort auf den Gesetzesentwurf der Regierung vom Oktober 1988, der sehr kritisch aufgenommen jedoch nie zurückgenommen wurde, wohl aber „in aller Stille dahinschwand“, erarbeitete das Unabhängige



Juristenforum (Független Jogász Fórum) zum 22. Januar 1989 sein wahlrechtliches Elaborat aus 36 Paragraphen, dessen Abschnitt IV unter dem Titel *Jogorvoslatok/Rechtsmittel* (§§ 24–26) die Regeln hinsichtlich einer parlamentarischen Wahlprüfung enthält. Demnach gehören die „Streitigkeiten aus dem Wahlrecht“ in erster Instanz in die Zuständigkeit der Wahlkreiskomitees, in zweiter Instanz in die des *Wahlprüfungsgerichtes*. Erstere hätte die Vaterländische Volksfront (Hazafias Népfront) ins Leben rufen sollen, die Modalitäten der Errichtung des Gerichts blieben im Entwurf offen, wenn auch seine Zusammensetzung festgeschrieben war. In die Reihen der Mitglieder des 126 (!)-köpfigen *Wahlprüfungsgerichtes* entsenden per Wahl alle neunzehn Komitatsgerichte je 2 Mitglieder, das Hauptstädtische Gericht 4 Mitglieder („Kammerführende Richter“), die 84 Schöffen werden durch die vier universitären Rechtsfakultäten (Eötvös Loránd Tudományegyetem, Budapest: 40; József Attila Tudományegyetem, Szeged: 20; Janus Pannonius Tudományegyetem, Pécs: 10; Nehézipari Műszaki Egyetem, Miskolc: 9), sowie den Rechtswissenschaftlichen Lehrstuhl der Marx Károly Közgazdaságtudományi Egyetem (Budapest; 5 [!]) gewählt. Das Wahlprüfungsgericht soll in dreiköpfigen Kammern – bestehend aus einem Vorsitzenden und zwei Schöffen – entscheiden gemäß den Verfahrensregeln des zivilrechtlichen nichtstreitigen (ausserprozessuellen) Verfahrens.

Laut Entwurf stehen Wählern und Wählergruppen im wesentlichen auf das gesamte Wahlverfahren erstreckende taxativ aufgezählte *Einwendungsbefugnisse* zu. Da die Verfasser des Elaborats das traditionelle Institut der parlamentarischen Wahlprüfung in Wirklichkeit nicht kannten, oder aber bewusst eliminieren wollten, haben sie den Fußstapfen des Regierungs-Entwurfs folgend das während des Wahlverfahrens einzulegende – verwaltungsrechtlich geprägte – „Rechtsmittel“ mit dem gegen das abgeschlossene Wahlverfahren als Ganzes wegen Einwendungen einleitbare Verfahren – als öffentlich-rechtlichem (verfassungsrechtlichem) Phänomen –, d.h. mit einer wörtlich interpretierten Wahlprüfung (*verificatio*) verknüpft. Dieser Umstand führte bis heute nachwirkend zum faktischen Fehlen einer richtigen Wahlprüfung.

6. Die Vorarbeiten zur geplanten Verfassungsgebung, die mit dem Namen des Rechtsgelehrten und Justizminister Kálmán Kulcsár verknüpft sind, wollten 1989 die Zuständigkeit für die parlamentarische Wahlprüfung – vermutlich gerade auch nach dem deutschen und österreichischen Vorbild – dem aufzustellenden Verfassungsgericht übertragen, jedoch ist dies gerade noch in diesem schicksalsträchtigen Wendejahr dort herausgenommen worden – ohne eine Erwähnung im Text gefunden zu haben. Die Ausklammerung der Wahlprüfung aus dem Bereich der Verfassungsgerichtsbarkeit war ein konzeptueller Fehlschlag.

7. Der Arbeitsausschuss des Nationalen Runden Tisches (NKA/NRT) Nr. I/3 verhandelte über den Wahlgesetz-Entwurf der Regierung vom 5. Juli 1989. Die Debatte über die parlamentarische Wahlprüfung war in Gange am 18-ten und 20-ten Juli 1989. Die Einzelheiten soll ich hier – wegen Zeitmenge – ausklammern. Darüber schreibe ich ausführlich in meinem publizierenden Referat.

Der Oppositionelle Runde Tisch (EKA/ORT) zielte die Errichtung eines Landes-Wahlprüfungsgerichtes (Országos Választási Bíróság) aus den Delegierten der Juristischen Fakultäten, der Rechtsanwaltskammer, der Akademie der Wissenschaften und des Ungarischen Juristenverbandes. Die Delegaten der beiden anderen Seiten argumentierten für eine „einheitliche Gerichtsverfassung“ und gegen die Sondergerichte, so auch gegen das Wahlprüfungsgericht. Unter besonderen Bedingungen zog Dr. Imre Boros aus der oppositionellen Seite die Vorlage für dieses Sondergericht in der Sitzung des politischen Koordinationsausschusses vom 25. August 1989 zurück.

8. Dr. Imre Boross (Független Kisgazdapárt/Unabhängige Kleinlandwirtepartei) hat nämlich in Vertretung des Oppositionellen Runden Tisches (Ellenzéki Kerekasztal – EKA/ORT) nicht nur auf irgendein – gewissermaßen auf die Lösung im Gesetz von 1945 (1945: VIII. tc.) zurückführbares – Wahlprüfungsgericht als *Sondergericht* verzichtet, sondern er ließ zugleich, sonst in anderen Fragen mit Vorliebe auf die historischen Prämissen appellierend, im Zeichen der Idee der einheitlichen Gerichts-verfassung – durch seine Rücknahmeerklärung – auch das mehr als ein Jahrhundert alte europäische wie ungarische Rechtsinstitut: die parlamentarische Wahlprüfung organisationell untergehen.

Das im Grunde genommen bis heute geltende organisatorische und verfahrensrechtliche System, wurde durch unser Wahlgesetz von 1989 verwirklicht, innerhalb diesem fällt die Beurteilung von Wahlbeschwerden in den Kompetenzbereich der Wahlkommissionen, mit deren Vermittlung man sich an ein Gericht wenden kann – gegebenenfalls über die Landes-Wahlkommission (Országos Választási Bizottság – OVB/LWK) ans Oberste Gericht (Legfelsőbb Bíróság) – im Wege der Berufung. Es erinnert nicht im geringsten an die einheimischen Vorinstitutionen der parlamentarischen Wahlprüfung, weder an die modernen europäischen Lösungsvarianten, ganz besonders nicht an die seit 1949/1951 gültige (west-)deutsche Lösungsvariante. Es ist nicht sicher, dass – wie bislang – auch in Zukunft nur Bagatellsachen – zumeist bezüglich der schriftlichen Wahlvorschläge oder der Verletzung der Wahlkampfruhe – an die Oberfläche kommen. Die dreitägigen „Fristen“ deuten ohnehin darauf hin: *die ministeriellen Verfasser des Wahlgesetzes hatten nicht die geringste Ahnung davon, was Sinn und Zweck einer Wahlprüfungsgerichtsbarkeit eigentlich ist.*

9. Meine Vorwarnungen 1989/90 bezüglich des Fehlens der ungarischen parlamentarischen Wahlprüfung als Verfassungsgerichtsbarkeit dürften bislang – im nachhinein zugegeben – auch mir selber als forciert erschienen sein, worauf vielleicht auch meine institutionsgeschichtliche Befangenheit eine Antwort gewesen sein könnte. Letztendlich schien die Ordnung der „Rechtsmittelanwendung“ von 1989 – mit mehr oder weniger Stolpersteinen – bis zur letzten Zeit auszureichen, die Bedürfnisse der Rechtssuchenden zu befriedigen. Jedenfalls ergaben sich keine größeren Probleme aus dem Negligieren der parlamentarischen Wahlprüfung.

Weder als Staatsbürger, noch als mit der Frage vertrauter Forscher kann ich erfreut darüber sein, dass meine Vorauswarnungen sich im Lauf der Zeit allzu sehr bewahrheitet haben. Bei aller meiner Zurückhaltung, diese Frage aus aktuellpolitischer Sicht zu werten, darf ich doch Bemerkung riskieren: die nach den Parlamentswahlen in Ungarn vom 7./21. April 2002 zur Entfaltung gekommene – gebrachte – „Bewegung des Ungehorsams“ für die „Neuzählung der Stimmen“ hätte sich von vornherein als grundlos erweisen können, wäre die Sache der parlamentarischen Wahlprüfung 1989 nicht fallengelassen. So wäre ja die für bürgerliche Staaten von Europa gewohnte traditionelle Ordnung der Entscheidung von Wahlstreitigkeiten: die parlamentarische Wahlprüfung erhalten geblieben.

Obwohl dieses Institut die Agierenden des öffentlichen Lebens in Wirklichkeit bis in unsere Tage hinein nicht richtig kennen, kann ich aus den immer wieder aufkommenden Fragen nur auf das Bedürfnis schließen, es schleunigst zurückbringen zu wollen. *Es wäre doch schon höchste Zeit!*<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. RUSZOLY JÓZSEF: *Százados intézmény a kerekasztal alatt* (1989). *Az alkotmánytörténet időszerűsége – az el(fel)ejtett választási bíráskodás példáján* [Ein Jahrhundert altes Rechtsinstitut unter dem runden Tisch (1989). Aktualität der Verfassungsgeschichte – am Beispiel der vergessenen (zu Fall gelassenen) Wahlprüfungsgerichtsbarkeit]. [2000] = RUSZOLY JÓZSEF: *Máig élő alkotmánytörténelem. Írások és interjúk* [Die bis heute reichende Verfassungsgeschichte. Aufsätze und Interviews]. Bába Kiadó, Szeged, 2002. 145–154. p.; JÓZSEF RUSZOLY: *Die verlorengegangene Institution. Die Frage der parlamentarischen Wahlprüfung vor dem Nationalen Runden Tisch 1989 in Budapest*. *Parlaments, Estates and Representation* Vol. 23., November 2003. (Unter Druck.)

ANHANG

*Die Kompetenz der parlamentarischen Wahlprüfung bei dem ungarischen königlichen  
Verwaltungsgericht*

XXVI. Gesetzartikel vom Jahre 1925  
über die Wahl der Reichstagsabgeordneten  
(Eine Teilveröffentlichung)<sup>4</sup>

Achter Abschnitt  
*Die Gerichtsbarkeit bei den Reichstagsabgeordnetenwahlen*

*I. Die Ungültigkeit der Wahl*

§ 100.

(1) Die Wahl ist ungültig, und die Feststellung der Ungültigkeit kann mittels einer Beschwerde verlangt werden:

1. wenn der Abgeordnete zur Zeit der Wahl entweder überhaupt, oder im betreffenden Wahlbezirke im Sinne des Gesetzes nicht wählbar war;

2. wenn der Abgeordnete in Verbindung mit der Wahl eine solche, die freie Ausübung des Wahlrechtes verhindernde oder widerrechtlich beeinflussende Handlung begangen hat, die von den §§ 171 und 172 des GA. V: 1878, oder vom gegenwärtigen Gesetze zu Verbrechen oder Vergehen erklärt wird, oder wenn eine solche Handlung von einer anderen Person mit Kenntnis und vorheriger Einwilligung des Abgeordneten begangen worden ist;

3. wenn die im Punkt 2, oder im Absatz (1) des § 61 des gegenwärtigen Gesetzes bezeichneten Handlungen den Wählern gegenüber ohne Kenntnis und vorherige Einwilligung des Abgeordneten begangen worden sind, und aus den Tatsachen, die sich ergeben haben und bewiesen sind, mit Grund gefolgert werden kann, daß dieselben auf das Wahlergebnis entscheidenden Einfluß gehabt haben;

4. wenn der Tatbestand einer strafbaren Handlung zwar nicht festzustellen ist, aber durch die im Wahlbezirk begangene Gewalttätigkeit, Androhung, oder die rechtswidrige Haltung der behördlichen Personen im Kreise der Wähler eine Einschüchterung in

<sup>4</sup> STEPHAN v. CSEKEY: *Ungarns Staatsrecht nach dem Weltkrieg*. Jahrbuch des öffentlichen Rechts. Bd. XIV. Tübingen, 1926. Separatum: 409–483. p. – Teilveröffentlichung: 467–472. Eine Übersetzung von István Csekey. Vgl. STEFAN v. CSEKEY: *Über das System der Prüfung parlamentarischer Wahlen. Eine staats- und verwaltungsrechtliche Studie auf rechtsvergleichenden Grundlagen*. Breslau, 1913. 21 p. Separatum: Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht, Bd. VI. Heft 5/6. – Vorausgegangen: CSEKEY ISTVÁN: *A választási bíráskodás szervezéséhez (Állam- és közigazgatásjogi tanulmány, tekintettel az Országos Jogászgűlés V. szakosztályának kitűzött kérdésére)* [Zur Organisierung der Wahlprüfung. Eine staats- und verwaltungsrechtliche Studie, zum Programm der Fachabteilung V des Landesjuristentages]. Budapest, 1911. Separatum: Magyar Társadalomtudományi Szemle, 1911. október; STEFAN CSEKEY: *Ein Beitrag zur Wahlprüfungsorganisation*. Blätter für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre. 1912. Jg. VIII. Nr. 2., 43. p. Zuletzt: CSEKEY ISTVÁN: *A választási bíráskodás* [Die Wahlprüfung]. Jogállam, 1925. Jg. XXIV. Nr. 5/6. 206–213. p.

solchem Maße hervorgerufen, oder durch eine ebendort begangene Aufreizung eine solche Unruhe veranlaßt worden ist, daß ein Teil der Wähler in der Ausübung seines Wahlrechtes verhindert, beziehungsweise rechtswidrig beeinflusst worden ist, und demnach mit Grund gefolgert werden kann, daß die Einschüchterung oder die Aufreizung auf das Wahlergebnis entscheidenden Einfluß gehabt hat;

5. wenn die in diesem Gesetze festgestellten Normen des Wahlverfahrens entweder durch eine Handlung oder eine Versäumnis verletzt worden sind, falls aus dem Maß der Vorschriftswidrigkeit mit Grund gefolgert werden kann, daß dieselbe auf das Wahlergebnis entscheidenden Einfluß gehabt hat;

6. wenn in der Zeit zwischen der Ausschreibung der Wahl bis zu ihrer Beendigung (§ 60 (1)) von der Behörde rechtswidrig verhindert wurde, daß irgendein Kandidat mit den Wählern innerhalb der gesetzmäßigen Formen in Berührung komme, oder sein Parteiprogramm vor den Wählern in einer den Rechtsnormen entsprechenden Weise bekanntmache, vorausgesetzt, daß das Verfahren der Behörde offenbar rechtswidrig ist, und mit Grund gefolgert werden kann, daß ihre Verfügung auf das Wahlergebnis entscheidenden Einfluß gehabt hat.

(2) Wenn von irgendeinem Wähler wegen der im Punkt 4 des Absatzes (1) erwähnten Aufreizung zu Beginn der Wahl beim Wahlpräsidenten Klage erhoben wird, und die beklagte Handlung, sowie auch seine Beweise von ihm bestimmt bezeichnet, beziehungsweise unterbreitet werden, ist der Wahlpräsident verpflichtet, die Klage ins Wahlprotokoll einzutragen und die vorgelegten Beweise beizufügen. In einem solchen Falle muß gemäß dem Absatz (2) des § 132 verfahren werden.

#### § 101.

(1) Die mit Ersatzwahl entschiedene Wahl ist ungültig, wenn wegen eines der im § 100 bezeichneten Gründe entweder die Grundwahl oder die Ersatzwahl ungültig ist.

(2) Die auf Grund des § 92 angeordnete Neuwahl ist auch dann ungültig, wenn die Erklärung der Wahl als nicht zustandegekommen gesetzwidrig erfolgt ist. Aus diesem Grunde ist jedoch die Neuwahl nicht ungültig, wenn die erste Wahl ungültig war, oder die Feststellung des Ergebnisses derselben unmöglich wurde, oder wenn in einem oder in mehreren Abstimmungskreisen eine neue Abstimmung hätte angeordnet werden müssen (§ 87).

(3) Die Wahl ist nicht ungültig, wenn nachgewiesen wird, daß die Vorschriftswidrigkeit im Interesse des Gegenkandidaten des Abgeordneten, bei einer mit Ersatzwahl entschiedenen Grundwahl dagegen im Interesse eines zur Ersatzwahl nicht zugelassenen Kandidaten, begangen worden ist.

#### § 102.

Im Falle einer Wahl, die gemäß dem Proportionalwahlsystem mit Listenabstimmung erfolgt ist, können die Beschwerdeführer die Ungültigkeitserklärung nicht nur der ganzen Wahl, sondern auch der Wahl eines bestimmten Abgeordneten oder Ersatzabgeordneten mit der Begründung ansuchen, daß hinsichtlich des Betreffenden ein im Punkt 1 oder 2 des § 100 bezeichneter Ungültigkeitsgrund entstanden ist.

#### § 103.

(1) Die Beschwerdeführer können anstatt der Ungültigkeitserklärung der Wahl die Berichtigung des festgestellten Wahlergebnisses und auf deren Grund als gesetzliches

Wahlergebnis anstatt des Abgeordneten (der Abgeordneten) die Erklärung eines anderen Kandidaten (anderer Kandidaten) zum Abgeordneten (zu Abgeordneten) ansuchen, wenn das Wahlergebnis vom Wahlpräsidenten gesetzwidrig oder unrichtig festgestellt worden ist, und wenn sie nachweisen, daß mit der gesetzmäßigen Feststellung des Wahlergebnisses nicht der Abgeordnete (die Abgeordneten), sondern ein anderer Kandidat (andere Kandidaten) zum gewählten Abgeordneten (zu gewählten Abgeordneten) erklärt werden muß (müssen).

(2) Dasselbe kann in dem Falle angesucht werden, wenn die im Punkt 4 des § 100 erwähnte Einschüchterung oder Aufreizung sich auf einzelne Abstimmungskreise beschränkt hat (§ 127).

(3) Das sich auf dem Absatz (1) dieses Paragraphen gründende Ansuchen kann für den Fall, daß das gesetzmäßige Wahlergebnis nicht festgestellt werden könnte, mit dem auf die Ungültigkeitserklärung der Wahl gerichteten Ansuchen verbunden werden.

## *2. Das Wahlprüfungsgericht*

### § 104.

(1) Die Gerichtsbarkeit in den Reichstagsabgeordnetenwahlen wird ausschließlich vom königl. ungar. Verwaltungsgericht ausgeübt. Wer Mitglied des Oberhauses des Reichstages ist, kann nicht Mitglied des das Gerichtsverfahren ausübenden Senats des Gerichtes sein. Am Urteilsfällen kann nur derjenige teilnehmen, der als Mitglied oder Ersatzmitglied des Senats im ganzen Laufe der Verhandlung anwesend war.

(2) Für die Zusammensetzung des Senats und das Verfahren vor dem Gericht sind – wenn aus diesem Gesetze nichts anderes folgt – die Bestimmungen des Gesetzartikels XXVI: 1896 entsprechend anzuwenden.

(3) Das Verwaltungsgericht ist verpflichtet, die Beschwerden möglichst nach der Reihenfolge ihrer Einläufe, außerhalb derselben binnen kürzester Zeit zu verhandeln und möglichst binnen eines Jahres mit einem Urteilspruch zu bändigen.

### § 105.

Der Richter kann außer den im § 59 des GA. I: 1911 aufgezählten Fällen auch dann nicht verfahren, wenn er an der angefochtenen Wahl als Wähler teilgenommen, oder auf dieselbe anderweitig einen Einfluß ausgeübt hat, ferner wenn die in den Punkten 2, 3 und 4 des angeführten Paragraphen vorgesehene Beziehung zwischen ihm und einer Person besteht, infolge deren Handlung die Ungültigkeitserklärung der Wahl angesucht wird.

## *3. Die Wahlanfechtung*

### § 106.

(1) Die Wahl kann binnen dreißig Tagen nach ihrer Abhaltung von 5% der Wähler, höchstens aber von 500 Wählern in einer Beschwerdeschrift beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

(2) Von den beschwerdeführenden Wählern muß mittels beglaubigten Auszuges der Wählerliste nachgewiesen werden, daß sie in dem betreffenden Wahlbezirk Wahlberechtigung besitzen.

(3) Die Beschwerde ist von den Beschwerdeführern gegen jenen Abgeordneten (jene Abgeordneten) zu richten, dessen (deren) Wahl ungültig erklärt zu werden angesucht wird.

(4) Das Beschwerderecht steht denjenigen nicht zu, auch als Bevollmächtigte können diejenigen nicht verfahren, die bei der Wahl amtlich mitgewirkt, oder für den Abgeordneten gestimmt haben, oder die seitens der Partei desselben Antragsteller oder Vertrauensmänner waren.

§ 107.

(1) Die Beschwerde ist in der amtlichen Staatssprache zu verfassen; sie ist in soviel Exemplaren einzureichen, daß dem Gerichte, dem Abgeordnetenhouse und allen, gegen welche die Beschwerde gerichtet ist, ein Exemplar zukomme. Das erste Exemplar müssen die Beschwerdeführer unterfertigen oder mit ihrem Handzeichen versehen; ihre Unterschriften oder Handzeichen müssen vom Gemeindevorstand (Stadtrat, in Budapest vom Bezirksvorstand), oder vom königl. Bezirksgericht, oder königl. Notar beglaubigt werden.

(2) Die Beschwerdeführer müssen einen oder mehrere Bevollmächtigten angeben, von denen einer in Budapest wohnhaft sein muß. Wenn die Vollmacht von den Beschwerdeführern nicht in der Beschwerdeschrift erteilt wird, müssen die Unterschriften oder die Handzeichen vom königl. Notar oder königl. Bezirksrichter beglaubigt sein.

(3) Als Bevollmächtigter kann jeder volljährige Bürger des Landes – mit Ausnahme eines Reichstagsabgeordneten – angegeben werden. Wenn vom Bevollmächtigten ein Stellvertreter angegeben wird, kann dies nur mit unbeschränkter Uebertragung der Rechtsbefugnisse und in der Form einer Notariatsurkunde geschehen.

§ 108.

(1) In der Beschwerde sind die Gründe eingehend zu bezeichnen, deretwegen die Wahl von den Wählern angefochten wird, und beim regelrechten Unterbreiten des Ansuchens müssen die Beweismittel, welche zum Nachweis der Ungültigkeitsgründe dienen, eingehend aufgezählt werden. Die in der Beschwerde erwähnten Urkunden sind dem ersten Exemplar der Beschwerde im Original oder in beglaubigter Abschrift, den übrigen Exemplaren in einfacher Abschrift anzuschließen. Die nicht in der amtlichen Staatssprache verfaßte Urkunde ist mit einer beglaubigten Uebersetzung zu versehen. Wünschen die Beschwerdeführer mittels eines Zeugen einen Beweis zu führen, so müssen die zu beweisenden Tatsachen der Name, die Beschäftigung und die Wohnung des Zeugen schon in der Beschwerde angeführt werden.

(2) Die Beschwerdeführer müssen zur vorläufigen Deckung der Verfahrenskosten bei der Budapester königl. ung. Staatskasse, als Gerichtsdepositenamt, tausend Goldkronen erlegen und den Erlag in der Beschwerde nachweisen.

*4. Verfahren vor dem Verwaltungsgericht*

§ 109.

(1) Das Verwaltungsgericht weist die Beschwerde außer dem im Punkt a) des § 104 des GA. XXVI: 1896 bezeichneten Grund zurück, wenn sie dem § 106, oder dem Absatz (2) des § 108 des gegenwärtigen Gesetzes nicht entspricht, wenn von den

Beschwerdeführern kein regelrechtes Gesuch unterbreitet worden ist, oder wenn der Anfechtungsgrund nicht genau bezeichnet ist, oder endlich, wenn die Bestimmung bezüglich der Sprache und der Unterfertigung der Beschwerdeschrift nicht eingehalten ist.

(2) Wenn die Beschwerde vom Gericht gemäß dem § 105 des GA. XXVI: 1896 wegen Bestellung von einem Bevollmächtigten zurückgegeben worden ist, kann der Beschluß irgendeinem der Beschwerdeführer zugestellt werden.

#### § 110.

(1) Außer dem Abgeordneten, gegen den die Beschwerde gerichtet ist, können auch die Wähler des betreffenden Bezirkes die Gesetzmäßigkeit der Wahl durch eine Verteidigungsschrift verteidigen. Diese Verteidigungsschrift muß spätestens acht Tage vor dem Termin der ersten Verhandlung unterbreitet werden und in Abschrift den Beschwerdeführern mitgeteilt werden; der die Mitteilung bezeugende Empfangsschein muß der dem Gericht unterbreiteten Verteidigungsschrift beigegeben werden.

(2) Auf die von den Wählern unterbreitete Verteidigungsschrift ist der zweite Absatz des § 106, ferner der § 107 entsprechend anzuwenden.

#### § 111.

(1) Die Wahlverteidiger sind verpflichtet, ihre auf Grund des § 106 erhobenen Einwendungen gegen die Beschwerde in der Verteidigungsschrift anzuführen.

(2) Wenn die Beschwerdeführer anstatt des Abgeordneten (der Abgeordneten) die Erklärung eines anderen Kandidaten (anderer Kandidaten) zum Abgeordneten (zu Abgeordneten) ansuchen (§ 103), können die Wähler in ihrer Verteidigungsschrift gegen den Kandidaten (die Kandidaten) jeden gesetzlichen Anfechtungsgrund (§ 100) vorbringen. Eine solche Verteidigungsschrift muß dem Absatz (1) des § 108 entsprechend verfaßt werden. In einem solchen Falle müssen die sich auf die Beschwerdeführer beziehenden Bestimmungen im Laufe des gerichtlichen Verfahrens auf die Wahlverteidiger, die sich auf den Abgeordneten beziehenden dagegen auf denjenigen Abgeordnetenkandidaten entsprechend angewendet werden, dessen Erklärung zum gewählten Abgeordneten angesucht worden ist.

(3) Der § 109 bezieht sich entsprechend auch auf die Verteidigungsschrift.

#### § 112.

(1) Befindet das Gericht die Beschwerde zur Verhandlung geeignet, so versieht es sie mit einem Vorladungsbescheid. Der erste Verhandlungstermin ist derart anzuberaumen, daß die Parteien gerechnet von der Zustellung der Vorladung, beziehungsweise von der Verkündung des Vorladungsediktes im Amtsblatt bis zur Verhandlung mindestens eine Zwischenzeit von dreißig Tagen haben. Zugleich müssen die auf die Wahl bezüglichen Urkunden beschafft werden.

(2) Wenn bei der ersten Verhandlung die Beschwerdeführer nicht erschienen sind, so muß die Beschwerde zurückgewiesen werden; das Fortbleiben der Wahlverteidiger hat nur zur Folge, daß die eventuell unterbreitete Verteidigungsschrift vom Gericht als zurückgezogen betrachtet wird. Im Laufe der weiteren Verhandlungen muß das Verfahren auch im Falle des Ausbleibens einer der Parteien fortgesetzt werden.



§ 113.

Die Zustellung läßt das Verwaltungsgericht gemäß den Vorschriften des Gesetzartikels I: 1911 entweder durch ein eigenes Organ, oder durch das zuständige königl. Bezirksgericht vornehmen; für die Vorladung zur ersten Verhandlung sind dieselben Vorschriften maßgebend, welche bezüglich der Zustellung der mit Vorladung versehenen Klageschrift festgesetzt sind. Wenn der Abgeordnete, gegen den die Beschwerde gerichtet ist, selbst nicht in Budapest wohnt, und in der Verteidigungsschrift zur Uebernahme der Zustellung keinen in Budapest wohnenden Bevollmächtigten bestellt hat, wird die ihn betreffende Zustellung durch die Anschlagung des Beschlusses im Gericht ersetzt.

§ 114.

(1) Im Laufe des Verfahrens können die Beschwerdeführer und die Wähler, welche die Wahl verteidigen, nur durch einen Bevollmächtigten vorgehen.

(2) Wenn die Partei auch persönlich vorgehen kann, gebührt das Wort entweder der Partei oder dem Bevollmächtigten; wenn mehrere Bevollmächtigte vorhanden sind, gebührt es einem von ihnen.

§ 115.

(1) Die Verhandlung ist mündlich und öffentlich.

(2) Die eine Wahl betreffenden Beschwerden müssen möglichst zusammen verhandelt werden.

(3) Die Beschwerde muß auch nach der Eröffnung der Verhandlung zurückgewiesen werden (§ 109), wenn gegen die Beschwerde von den Wahlverteidigern auf Grund des § 106 eine begründete Einwendung erhoben ist; diesbezüglich kann das Beweisverfahren nur dann angeordnet werden, wenn die Triftigkeit der Einwendung wahrscheinlich gemacht worden ist.

§ 116.

(1) Das Verfahren ist einzustellen, wenn die Abgeordneteneigenschaft des Abgeordneten erloschen ist, wenn die Beschwerde von der Mehrheit der Beschwerdeführer zurückgezogen worden ist, wenn zur ersten oder zu einer der folgenden Verhandlungen keine der Parteien erschienen ist, oder wenn die Beschwerdeführer die im Verfahren ausgegangene Kautions (§ 108 (2)) auf die Aufforderung des beauftragten Richters und zu dem von ihm festgesetzten Termin nicht ergänzt haben.

(2) Das den Widerruf der Beschwerde anzeigende Gesuch ist dem Absatz (1) des § 107 entsprechend zu unterfertigen.

(3) Wenn die Abgeordneteneigenschaft nicht infolge des Aufhörens des Reichstages erloschen ist, und wenn die Beschwerde auf Grund des § 103 erhoben ist, muß das Verfahren fortgesetzt werden.

§ 117.

(1) In dem in diesem Abschnitt geregelten Verfahren ist eine Rechtfertigung und eine Wiederaufnahme nicht statthaft.

(2) Das Verfahren ist stempel- und gebührenfrei.

§ 118.

Ein Exemplar der Beschwerde wird nach dem Einlauf sofort vom Verwaltungsgericht dem Abgeordnetenhaus übermittelt; ebenfalls wird das Abgeordnetenhaus von der Zurückweisung der Beschwerde, vom Einstellen des Verfahrens durch das Gericht verständigt, ferner wird ihm das in der Angelegenheit der Beschwerde erfolgte Urteil mitgeteilt.

*5. Beweisverfahren*

§ 119.

(1) Die Parteien können ihre in der Beschwerde und in der Verteidigungsschrift angeführten Beweise spätestens bei der ersten Verhandlung in der im § 108 bezeichneten Weise noch ergänzen. Im späteren Laufe der Verhandlung kann weder neuer Tatbestand, noch neues Beweismaterial vorgebracht werden.

(2) Das Verwaltungsgericht läßt das Beweisverfahren in der Regel durch einen beauftragten Richter erledigen. Der Richter wird von fall zu Fall – auf Aufforderung des Verwaltungsgerichts – vom Präsidenten der nach dem Sitz des Wahlbezirkes zuständigen königl. Gerichtstafel von den Richtern der königl. Gerichtstafel, oder von anderen, im Sprengel der königl. Gerichtstafel, jedoch nicht im Gebiete des Wahlbezirkes wirkenden Richtern entsendet; vom Tafelpräsidenten wird für einen Protokollführer gesorgt.

§ 120.

Die Zeugenaussage kann der Zeuge auf grund der Punkte 1–3 des § 299 des GA. I: 1911 in dem falle verweigern, wenn er zum Abgeordneten, oder dessen Gegenkandidaten im daselbst vorgesehenen Verhältnisse steht. Die bei der Wahl amtlich mitwirkenden Personen jedoch können die Zeugenaussage auf Grund dieses nicht verweigern.

§ 121.

Die Wählerliste ist hinsichtlich der Berechtigung der in dasselbe aufgenommenen Wähler ein einen Gegenbeweis ausschließender, vollkommener Beweis; zu beweisen jedoch, daß der Abgeordnete oder der Kandidat wegen eines anderen Grundes nicht wählbar war, ist nicht ausgeschlossen.

§ 122.

Wenn der Tatbestand des Ungültigkeitsgrundes vom Strafgericht in einem rechtskräftigen Urteil festgestellt ist, muß der in Frage stehende Tatbestand mit Ausschluß eines Gegenbeweises als bewiesen erachtet werden.

*6. Das Urteil des Verwaltungsgerichts*

§ 123.

Erachtet das Gericht den in der Beschwerde vorgebrachten Ungültigkeitsgrund als unbegründet oder nicht erwiesen, so weist es die Beschwerde ab.

§ 124.

Erachtet das Gericht den in der Beschwerde vorgebrachten Ungültigkeitsgrund als begründet und erwiesen, so erklärt es in seinem Urteil die angefochtene Wahl als ungültig; wenn dagegen im Falle einer Wahl nach dem Proportionalwahlsystem mit Listenabstimmung der Ungültigkeitsgrund nur für einzelne Abgeordnete, beziehungsweise Ersatzabgeordnete festgestellt worden ist, so stellt das Gericht das gesetzliche Wahlergebnis laut den Vorschriften des siebenten Abschnittes nach der Streichung des Namens des betreffenden Abgeordneten, beziehungsweise Ersatzabgeordneten fest (§ 125).

§ 125.

(1) Wenn die Beschwerde auf Grund des § 103 erhoben wurde, und das Gericht als erwiesen erachtet, daß das Wahlergebnis infolge des in der Aufzeichnung oder Zusammenzählung der Stimmen vorgekommenen Fehlers, ferner infolge der Entgegennahme, beziehungsweise der Zurechnung unberechtigter Stimmen, oder der Zurückweisung, beziehungsweise der Nichtzurechnung gültiger Stimmen unrichtig festgestellt worden ist, so stellt das Gericht das gesetzliche Wahlergebnis fest und dementsprechend erklärt es, wer zu Abgeordneten, beziehungsweise zu Abgeordneten und Ersatzabgeordneten gewählt worden ist.

(2) Insofern jedoch von den Wahlverteidigern in ihrer Verteidigungsschrift gegen den Kandidaten, den in der Beschwerde als gewählt zu erklären angesucht wurde, ein Ungültigkeitsgrund vorgebracht worden ist, kann der Betreffende nur dann als gewählt erklärt werden, wenn der vorgebrachte Ungültigkeitsgrund unbegründet oder nicht erwiesen ist.

§ 126.

(1) Bei der Feststellung des gesetzlichen Wahlergebnisses berichtet das Gericht auch von Amts wegen die in der Aufzeichnung oder Zusammenzählung der abgegebenen Stimmen stattgehabten Fehler mit entsprechender Ab- oder Hinzurechnung der fehlerhaft aufgezeichneten oder gerechneten Stimmen.

(2) Von der Zahl der für den gewählten Abgeordneten (die gewählten Abgeordneten) abgegebenen Stimmen müssen auch diejenigen Stimmen abgerechnet werden, hinsichtlich derer bewiesen wird, daß dieselben vom Präsidenten der Abstimmungskommission gesetzwidrig angenommen, beziehungsweise zugerechnet sind, oder im Falle einer öffentlichen Abstimmung, daß dieselben von einem in der freien Ausübung seines Wahlrechtes rechtswidrig beeinflussten Wähler abgegeben worden sind.

(3) Hingegen müssen zur Zahl der abgegebenen und rechtsgültig zusammengezählten Stimmen jene Stimmen hinzugerechnet werden, von welchen bewiesen wird, daß dieselben vom Präsidenten der Abstimmungskommission gesetzwidrig nicht angenommen, beziehungsweise nicht zugerechnet worden sind, ferner im Falle einer öffentlichen Abstimmung die Zahl der an der Abstimmung gesetzwidrig verhinderten Wähler, oder derjenigen Wähler, die zur Enthaltung von der Abstimmung gesetzwidrig bewogen worden waren. Die Hinzurechnung geschieht zugunsten desjenigen Kandidaten, beziehungsweise derjenigen Wahlliste, auf die sich die Stimme bezog; wenn dies jedoch nicht festzustellen ist, dann zugunsten des Gegenkandidaten oder der Gegenliste, die die meisten Stimmen bekommen haben, beziehungsweise bei einer Ersatzwahl nach sich ziehenden Grundwahl zugunsten des in die Ersatzwahl nicht

hineingelangten und die meisten Stimmen auf sich vereinigenden Gegenkandidaten oder der Gegenliste.

§ 127.

(1) Ist wegen einer als Ungültigkeitsgrund vorgebrachten Vorschriftswidrigkeit in einem Abstimmungskreis die ganze Abstimmung ungültig, so kann das gesetzliche Wahlergebnis statt der Ungültigkeitserklärung der ganzen Wahl auf Grund der in den übrigen Abstimmungskreisen vorgenommenen Abstimmung nur in dem Fall festgestellt werden, wenn das Ergebnis nicht einmal durch die Stimmen sämtlicher Wähler des durch die Vorschriftswidrigkeit berührten Abstimmungskreises geändert werden könnte.

(2) Wenn sich die freie Ausübung des Wahlrechtes verhindernde Einschüchterung, oder die dieselbe widerrechtlich beeinflussende Aufreizung nur auf einzelne Abstimmungskreise beschränkt hatte, und von den Beschwerdeführern die Feststellung des gesetzlichen Wahlergebnisses angesucht worden ist (§ 103), kann das Gericht diejenigen Stimmen unbeachtet lassen, welche in den betreffenden Abstimmungskreisen für jenen Kandidaten oder jene Partei abgegeben worden sind, in dessen oder deren Interesse die Einschüchterung oder Aufreizung stattgehabt hat.

§ 128.

(1) Das Gericht suspendiert in seinem Urteil für einen Zeitraum von nicht länger als fünf Jahren das Wahlrecht und die Wählbarkeit einer Person, deren Handlung die Ungültigkeitserklärung der Wahl oder irgendeiner Stimme nach sich gezogen hat.

(2) Wenn das Gericht im Laufe der Verhandlung Kenntnis erlangt über Anzeichen, aus welchen gefolgert werden kann, daß im Wahlbezirk bei der Wahl die freie Ausübung der Wahl verhindernde oder rechtswidrig beeinflussende Handlungen in sehr großem Maße vorgekommen sind, so wird dieser Anzeichen im Urteil besonders Erwähnung getan. Wenn sich Anzeichen einer strafbaren Handlung oder eines Disziplinarvergehens ergeben, so wird dessen gleichfalls Erwähnung getan, in einem solchen Falle muß das Urteil dem betreffenden Gericht oder der betreffenden Disziplinarbehörde mitgeteilt werden.

(3) Ueber die Verfahrenskosten beschließt das Verwaltungsgericht in seinem über die Beschwerde gefällten Urteil entsprechend den in den §§ 145 und 147 des GA. XXVI: 1896 enthaltenen Bestimmungen, dabei berücksichtigt es jedoch die unten bezeichneten Bestimmungen.

(4) Wenn die Beschwerde von den Beschwerdeführern zurückgezogen worden ist, oder wenn der durch eine erfolgte Beschwerde angefochtene Abgeordnete auf sein Mandat vor der Beendigung des Verfahrens verzichtet hat, oder wenn die Beschwerde vom Verwaltungsgericht abgewiesen, oder wegen Nichtergänzung der Kaution das Verfahren von demselben eingestellt wurde, so sind die Beschwerdeführer, die mit den Kosten untereinander in gleichem Verhältnis belastet sind, zum Bestreiten der Verfahrenskosten solidarisch richterlich zu verpflichten.

(5) Wenn die Wahl auf grund der Beschwerde für ungültig erklärt worden ist, bestreiten der gewählte Abgeordnete und die Wahlverteidiger die Verfahrenskosten solidarisch, ausgenommen, wenn die Ungültigkeitserklärung der Wahl aus einem Grunde erfolgt ist, auf den sich die Beschwerde nicht gestützt hatte.

(6) Wenn die Verteidigungsschrift von den Wahlverteidigern zurückgezogen worden ist, so sind die mit der Verhandlung der Verteidigungsschrift entstandenen Kosten zu Lasten der Wahlverteidiger festzusetzen.

RUSZOLY JÓZSEF

## ADALÉKOK A PARLAMENTÁRIS VÁLASZTÁSI BÍRÁSKODÁS TÖRTÉNETÉHEZ

(Összefoglalás)

A szerző közel négy évtizede kutatja az érvényességükben megtámadott (kifogásolt) országgyűlési (parlamentari) képviselő-választások elbírálásának intézménytörténetét, kapcsolódva ezzel a szegedi jogi kar olyan egykori professzorainak, illetve kutatóinak munkásságához, mint Csekey István, Polner Ödön, Goltner Dénes és Szabó József. E témából írta és védte meg kandidátusi értekezését is (1976), amely utóbb – jól fogadott – monográfiaként jelent meg (*A választási bíráskodás Magyarországon. 1848–1948. Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, Budapest, 1980*). Előtte és utána is számos közleményt tett közzé az Európa-szerte történetileg és a jelenkorban is a közjogi bíráskodás (alkotmánybíráskodás) alapelemét képező intézményről.

Jelen „Adalékai” két, egymáshoz lazán kapcsolódó közleményt, valamint egy forrásközlést tartalmaznak.

A *Wahlprüfung und Repräsentation* (Választási bíráskodás és képviselet) a téma elméleti-történeti összefoglalását nyújtja első megközelítésben és – Pólay Elemér kedvenc szavajárásával szólva – mogyoróhéjban. Eredetileg kutatószemináriumai referátumként adta elő Prof. Dr. Dolf Sternbergernek – a Frankfurter Allgemeine Zeitung egykori vezércikkírójának – heidelbergi politikatudományi szemináriumában 1971 tavaszán. Friss kutatási eredményeit foglalta benne össze, mintegy programot is adva a 19. században oly jelentős intézmény alkotmánytörténeti feltárásához. A vizsgálandó témaköröket (1) az eljáró szervben (parlament vagy bíróság), (2) magában az eljárásban és (3) az anyagi jogi gyakorlatban jelölte meg. Ez utóbbi különösen alkalmas a választások egyébkénti kutatására is. A szerző DAAD-ösztöndíjjal a Mannheimer Egyetemen töltött kutatóévének eredményeit az e kérdéskörrel teljesebb áttekintésben foglalkozó *A választási bíráskodás története Európában* c. tanulmányában foglalta össze (*Acta Jur. et Pol. Szeged, Tom. XXII. Fasc. 7., 1975*).

Másik közleménye (*Die verlorengegangene Institution; Az elveszett intézmény*) az *International Commission for the History of Representative and*

*Parlamentary Institutions* 2002. augusztusi (52.) győri konferenciáján elhangzott rövid referátum, amelyben azt vizsgálja, hogy az intézmény nem ismerete folytán az 1989. évi Nemzeti Kerekasztal tárgyalásain hogyan került mellékvágányra a választási bírászkodás intézménye. Ez ugyanis – az egyébként példakép *Bundesverfassungsgericht* e vonatkozású hatáskörének ezt az elemét figyelmen kívül hagyva – nem csupán a Magyar Köztársaság Alkotmánybíróságának hatásköréből maradt ki, de „a bírósági szervezet egysége” jegyében elmaradt a fölvetődött Választási Bíróság létrehozatala is.

A szerző egyébként két évtizede vissza-visszatérően szorgalmazza a magyar történeti alkotmány fölhasználható elemeihez, köztük a valódi választási bírászkodás intézményéhez való visszatérést. Sikertelenül. (Vonatkozó írásait *Máig érő alkotmánytörténelem* c., a Bába Kiadónál Szegeden 2002-ben megjelent kötete tartalmazza; ebben olvasható e közlemény előtanulmánya is.) E közlemény teljesebb szövegben magyarul már megjelent a Hítel 2003. szeptemberi számában; németül pedig a *Parlaments, Estates und Representation* 23. kötetében várható (2003).

A szerző a *Függelékben* az 1925: XXVI. tc.-nek a választási bírászkodással kapcsolatos fejezetét (100–128. §§) teszi ismételten közzé Csekey István egykorú fordításában (1926).

A választási bíráskodásnak ezt az Európában párját ritkító szabályozását *de lege ferenda* a magyar jogalkotóknak is érdemes volna ismételten átgondolniuk. Erre intenek az elmúlt évek választási történései is!